

Disagio, Diskont und Damnum im Einkommensteuerrecht

von

Dr. Andreas Rodin

B 46853

Juristische Gesamtbibliothek
der Technischen Hochschule
Darmstadt



Verlag Dr. Otto Schmidt KG · Köln

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Geleitwort des Herausgebers	VII
Vorwort	IX
Inhaltsübersicht	XI
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXII
Einführung und Problemstellung	1
1. Teil	
Geborene Abzinsung in Zwei-Personen-Verhältnissen	5
A. Auf Gläubigerseite: Einordnung des Unterschiedsbetrages in eine Einkunftsart	5
I. Disagio bei festverzinslichen Wertpapieren	5
1. Ausgestaltung des Disagio bei Emission	5
a) Wirtschaftlicher Sachverhalt	5
b) Übernahme zivilrechtlich als Kauf	5
c) Disagio als Kaufpreisbestandteil	6
2. Steuerrechtliche Einordnung der Emission	6
a) Erstübernahme steuerrechtlich als Darlehen	6
b) Grundlagen der Einkünfte aus Kapitalvermögen	7
c) Verhältnis von § 20 Abs. 1 EStG und § 20 Abs. 2 Nr. 1 EStG	8
3. Disagio als Kapitalertrag oder als Kapitalrückzahlung	8
a) Darlehen als Realvertrag	8
b) Darlehen als Konsensualvertrag	9
c) Wirtschaftliche Sichtweise	9
d) Ergebnis	10
II. Diskont bei Wertpapieren ohne laufende Verzinsung	11
1. Wirtschaftlicher Sachverhalt	11
2. Beispiele	12
a) Anleiheablöseschuld und Steuergutscheine II	12
b) Sparbriefe und unverzinsliche Schatzanweisungen	13
c) Zero-Bonds	14
3. Gegenüberstellung von Disagio und Diskont	15
4. Steuerrechtliche Behandlung des Diskonts	15
III. Damnum bei langfristigen Krediten	16
1. Ausgestaltung	16

	Seite
2. Wirtschaftlicher Sachverhalt.	16
a) Überlassungsvergütung.	17
b) Abgeltung von Verwaltungsaufwand.	17
c) Funktionswandel des Damnums	17
3. Gegenüberstellung von Damnum und Disagio bzw. Diskont.	18
4. Steuerrechtliche Behandlung	19
5. Zivilrechtliche Behandlung	19
.	
B. Auf Gläubigerseite: Zeitliche Erfassung des Unterschiedsbetrages	22
I. Der Unterschiedsbetrag im Privatvermögen.	22
1. Disagio und Diskont	22
2. Damnum	23
II. Der Unterschiedsbetrag im Betriebsvermögen	25
1. Disagio und Diskont	25
a) Der Ausweis der Vermögenslage	26
b) Der Ausweis der Ertragslage	26
2. Damnum	28
C. Auf Schuldnerseite: Einordnung des Unterschiedsbetrages als Betriebsausgabe oder Werbungskosten	30
I. Unterschiedsbetrag bei Verbindlichkeiten des Betriebsvermögens	30
II. Unterschiedsbetrag bei Verbindlichkeiten des Privatvermögens	30
1. Zur Erzielung von Einkünften aus Vermietung und Verpachtung	30
2. Zur Erzielung von Einkünften aus Kapitalvermögen	31
a) Werbungskosten nur bis zur Höhe der Erträge?	31
b) Werbungskosten in voller Höhe	31
D. Auf Schuldnerseite: Zeitliche Erfassung des Unterschiedsbetrages	32
I. Der Unterschiedsbetrag im Privatvermögen	32
II. Der Unterschiedsbetrag im Betriebsvermögen	34
1. Disagio und Diskont	35
a) Der Ausweis der Vermögenslage	35
aa) Herrschende Ansicht.	35
bb) Mindermeinung	36
cc) Stellungnahme	36
b) Der Ausweis der Ertragslage	37

	Seite
2. Damnum	38
3. Zusammenfassung und Stellungnahme	39
2. Teil	
Geborene Abzinsung in Drei-Personen-Verhältnissen	41
A. Rechtsnachfolge auf Schuldnerseite.	41
I. Der Unterschiedsbetrag im Betriebsvermögen	41
1. Bilanzielle Behandlung beim Alt-Schuldner.	41
a) Disagio und Diskont	41
b) Damnum	41
2. Bilanzielle Behandlung beim Neu-Schuldner	42
a) Disagio und Diskont	42
b) Damnum	42
II. Der Unterschiedsbetrag im Privatvermögen.	43
1. Besteuerung des Alt-Schuldners	43
2. Besteuerung des Neu-Schuldners	44
B. Rechtsnachfolge auf Gläubigerseite im Betriebsvermögen.	45
I. Disagio und Diskont	45
1. Bilanzielle Behandlung beim Alt-Gläubiger	45
2. Bilanzielle Behandlung beim Neu-Gläubiger	45
a) Gleicher Kapitalmarktzins bei Zweiterwerb.	45
b) Veränderter Kapitalmarktzins bei Zweiterwerb	45
II. Damnum	46
1. Bilanzielle Behandlung beim Alt-Gläubiger	46
2. Bilanzielle Behandlung beim Neu-Gläubiger	47
C. Rechtsnachfolge auf Gläubigerseite im Privatvermögen	47
I. Die jüngere Rechtsprechung des BFH	48
1. Zivilrechtlicher Sachverhalt	49
a) Dinglicher Fruchterwerb durch Erwerber	49
b) Schuldrechtlicher Ausgleich	49
c) Abbedingung des Ausgleichs	50
d) Möglichkeiten der Abbedingung	50

	Seite
2. Steuerrechtliche Würdigung	50
a) Besteuerung entsprechend der Regel des § 101 Nr. 2 Hs. 2 BGB	51
b) Besteuerung entsprechend einer vorrangigen Parteivereinbarung	51
II. Ansicht der Finanzverwaltung und der älteren Rechtsprechung	51
1. Wirtschaftlicher Sachverhalt	52
2. Steuerrechtliche Würdigung	52
a) Finanzverwaltung	52
b) Ältere Rechtsprechung	54
III. Stellungnahme	55
1. Methodischer Ausgangspunkt	57
a) Arbeitsteiliges Zusammenwirken	57
aa) Zivilrechtliche Gestaltung als Anknüpfungspunkt	58
bb) Übernahme zivilrechtlicher Formulierungen	58
b) Verschiedene Regelungsziele	58
aa) Ausgleich von Individualinteressen im Zivilrecht	58
bb) Steuerrecht als Eingriffsverwaltung	59
c) Kein Verhältnis der Über- oder Unterordnung beider Rechtsgebiete	59
2. Konsequenzen für die Rechtsanwendung im Steuerrecht	59
a) Gedankliche Verknüpfung der Schritte der Rechtsanwendung	60
b) Keine Besonderheit des Steuerrechts	60
3. Anwendung auf die Früchteverteilung zwischen Erwerber und Veräußerer	61
a) Besitz der Stammrechte als Zurechnungsgrund	62
b) Erhöhung der Leistungsfähigkeit durch Zufluß	63
aa) Auswirkungen einer unentgeltlichen Verfügung	64
(1) Zeitliche Reihenfolge der Tatbestandsspaltung	65
(2) Dauer der Tatbestandsspaltung	65
(3) Methodische Zulässigkeit des Defizitausgleichs	66
(4) Ausgleich beim Veräußerer	67
(5) Zurechnungszeitpunkt	68
bb) Auswirkungen einer entgeltlichen Verfügung	69
(1) Der Früchteanteil als Bestandteil des Kaufpreises für die Stammrechte	69
(2) Zahlung durch den Erwerber statt durch den Schuldner	72
c) Ergebnis	73
IV. § 20 Abs. 2 Nr. 2 EStG als Zurechnungsregel?	73
1. Normverständnis der herrschenden Meinung	74

	Seite
2. Kritik an der herrschenden Meinung	75
a) Klarstellende Bedeutung des Hauptsatzbestandteils?	75
b) Eigenständiger Charakter durch Konditionalsatz?	76
3. Schlußfolgerungen	76
a) Veräußerung als unbeachtliche Einkünfteverwendung	77
b) Sicherungsfunktion von § 20 Abs. 2 Nr. 2 EStG	77
c) Beschränkung auf Erträgnis-Wertpapiere	78
d) Keine Berechtigung des Umkehrschlusses	79
V. § 24 Nr. 2 EStG als Zurechnungsregel?	80
1. Einzelrechtsnachfolge und Universalsukzession	81
2. Zurechnung beim Rechtsvorgänger oder -nachfolger	81
a) Auffassung der Rechtsprechung	82
b) Auffassungen in der Literatur	82
c) Stellungnahme	85
d) Zusammenfassung	87
VI. Praktikabilitätserwägungen	88
1. Problemstellung	88
2. Auffassung der Rechtsprechung	88
3. Auffassung der Finanzverwaltung und Literatur	89
4. Methodische Rechtfertigung und Grenzen für Praktikabilitätserwägungen	89
VII. Überprüfung der gewonnenen Ergebnisse anhand zweier exemplarischer Fälle aus der Rechtsprechung	91
1. Überblick	91
2. Der Gesellschafterwechsel in einer GmbH während des Geschäftsjahres	92
a) Wirtschaftlicher Sachverhalt	92
b) Die Auffassung der Rechtsprechung	92
c) Zivilrechtlicher Ausgangspunkt	93
d) Steuerrechtliche Würdigung	94
e) Abtretung unter „Zurückbehalt“ des Anspruchs auf Gewinnausschüttung	95
3. Die Verfügung über einen abgezinsten Sparkassenbrief durch Vertrag zugunsten Dritter auf den Todesfall	97
a) Wirtschaftlicher Sachverhalt	97
b) Zivilrechtlicher Ausgangspunkt	97
c) Steuerrechtliche Würdigung der Rechtsprechung	97
d) Stellungnahme	98

	Seite
3. Teil	
Gekorene Abzinsung in Drei-Personen-Verhältnissen	99
A. Wirtschaftlicher Sachverhalt	99
I. Das Bond stripping	100
II. Die Abtretung künftiger Arbeitslohn- und Mietforderungen	101
B. Zivilrechtliche Würdigung	101
C. Steuerrechtliche Würdigung.	102
I. Das Bond stripping im Privatvermögen	102
1. Veräußerung der Zinsscheine unter Zurückbehalt der Stammrechte	102
a) Besteuerung des Veräußeres	102
b) Besteuerung des Erwerbers	104
2. Veräußerung der Stammrechte unter Zurückbehalt der Zinsscheine	105
a) Besteuerung der Trennung	105
b) Besteuerung bei Einlösung von Stammrecht und Zinsscheinen.	107
II. Das Bond stripping im Betriebsvermögen	107
III. Die Abtretung künftiger Arbeitslohnforderungen.	108
1. Abtretung im Privatvermögen	108
a) Besteuerung des Alt-Gläubigers	108
b) Besteuerung des Neu-Gläubigers	109
2. Abtretung im Betriebsvermögen	109
IV. Die Abtretung künftiger Mietforderungen.	109
1. Abtretung im Privatvermögen	109
2. Abtretung im Betriebsvermögen	110
Zusammenfassung	111
Anhang.	117
Rechtsprechungsübersicht	117
Verwaltungsanweisungen	122
Stichwortverzeichnis	125